

Christoph Mayer

**Raumplanung in der Bundesrepublik
Deutschland und in der Republik Polen**

(unter Berücksichtigung der raumplanungsrelevanten
staats- und verwaltungsorganisationsrechtlichen
Strukturen beider Staaten)

Christoph Mayer

Raumplanung in der Bundesrepublik Deutschland und in der Republik Polen

(unter Berücksichtigung der raumplanungsrelevanten staats- und
verwaltungsorganisationsrechtlichen Strukturen beider Staaten)

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Angaben sind im Internet unter <http://dnb.ddb.de> abrufbar.

© Lehmanns Media, Berlin 2012
Helmholzstraße 2-9
10587 Berlin

ISBN 978-3-86541-612-4
www.lehmanns.de

Alle Rechte vorbehalten.

Dieses Werk, einschließlich aller seiner Teile, ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist ohne Zustimmung des Verlages unzulässig und strafbar. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen, Verfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung auf DVDs, CD-ROMs, CDs, Videos, in weiteren elektronischen Systemen sowie für Internet-Plattformen.

Vorwort

Bei der vorliegenden Arbeit handelt es sich um eine aktualisierte und um die weiterführenden Links zum Thema am Ende des Buches ergänzte Fassung meiner im Rahmen des LL.M.-Studiengangs *Polnisches Wirtschaftsrecht* an der Jagiellonen-Universität Krakau/Polen im Studienjahr 2011/2012 angefertigten Diplomarbeit. Sämtliche Angaben zu gesetzlichen Grundlagen, Literatur, Rechtsprechung und weiterführenden Links befinden sich auf dem Stand Ende Juni 2012.

Das von der Fakultät für Rechts- und Verwaltungswissenschaften (*Wydział Prawa i Administracji*) der Jagiellonen-Universität in Krakau (*Uniwersytet Jagielloński w Krakowie*) jährlich durchgeführte zweisemestrige LL.M.-Programm *Polnisches Wirtschaftsrecht für im Ausland graduierte Juristen (Studia podyplomowe w zakresie Polskiego Prawa Gospodarczego dla Prawników Zagranicznych)* gliedert sich in zwei Teile: Jeweils im ersten Studiensemester (Sommersemester) ist die Schule des Polnischen Rechts (*Szkoła Prawa Polskiego*), bestehend aus Vorlesungen und Übungen von Professoren und Assistenten der Fakultät zu den verschiedenen Teilgebieten des polnischen privaten und öffentlichen Wirtschaftsrechts einschließlich der zugehörigen Abschlussklausuren, in Krakau zu absolvieren. Im darauffolgenden zweiten Studiensemester (Wintersemester) ist – nach einem einführenden Diplomseminar in Krakau und unter Betreuung eines Dozenten der Schule des Polnischen Rechts – die Diplomarbeit anzufertigen.

Vor diesem Hintergrund gilt mein Dank zunächst allen Programmverantwortlichen an der Fakultät für Rechts- und Verwaltungswissenschaften der Jagiellonen-Universität in Krakau für ihr Engagement im

Rahmen der Lehrveranstaltungen sowie für den reibungslosen Programmablauf, insbesondere Herrn Dr. iur. habil. Krzysztof Oplustil und Herrn Dr. iur. Sergiusz Szuster. Letzterem gebührt weiterhin besonderer Dank für die intensive Betreuung und zügige Korrektur meiner Diplomarbeit. Besonderen Dank schulde ich ferner dem Deutschen Akademischen Austauschdienst (DAAD), der im Rahmen seines Förderprogramms „Go East“ meine Teilnahme an der Schule des Polnischen Rechts mit einem Vollstipendium unterstützt hat.

Mein ganz persönlicher Dank gilt meinen Eltern, Elisabeth und Bernd Mayer, auf deren Unterstützung ich immer vertrauen kann. Ihnen ist dieses Buch gewidmet.

Heidelberg, im Juni 2012

Christoph Mayer

Gliederung

Vorwort	5
Einführung	17
Teil 1: Der untersuchungsspezifische rechtliche Raumplanungs- begriff	20
A. Der gemeinsame Bezugspunkt aller Raumplanungsbe- griffe	20
B. Der allgemeine Raumplanungs-begriff (auch: der um- gangssprachliche Raumplanungs-begriff)	21
C. Der ethisch-moralische Raumplanungs-begriff	22
D. Der rechtliche Raumplanungs-begriff (auch: der Begriff der Raumplanung im Rechtssinne)	22
I. Der Begriff der Raumplanung im Sinne des deut- schen Raumplanungsrechts	23
II. Der Begriff der Raumplanung (<i>planowanie przestrzenne</i>) im Sinne des polnischen Raumpla- nungsrechts	23
III. Die zusammenfassend-rechtsvergleichende Betrach- tung der Raumplanungs-begriffe im deutschen und polnischen Raumplanungsrecht	24
E. Der untersuchungsspezifische rechtliche Raumplanungs- begriff	25
Teil 2: Die Grundlagen des deutschen und polnischen Raum- planungssystems	27

A. Die Teilbereiche und Ebenen, rechtlichen Grundlagen und Träger der Raumplanung in der Bundesrepublik Deutschland	27
I. Der Überblick über die raumplanungsrelevanten Strukturen der Staats- und Verwaltungsorganisation der Bundesrepublik Deutschland	28
1. Die Staatsgewalt auf Bundesebene	29
a) Die gesetzgebende Gewalt (Legislative) im Bund	29
b) Die vollziehende Gewalt (Exekutive) im Bund	30
c) Die rechtsprechende Gewalt (Judikative) im Bund	31
2. Die Staatsgewalt auf Landesebene am Beispiel des Bundeslandes Baden-Württemberg	31
a) Die gesetzgebende Gewalt (Legislative) in Baden-Württemberg	32
b) Die vollziehende Gewalt (Exekutive) in Baden-Württemberg	32
c) Die rechtsprechende Gewalt (Judikative) in Baden-Württemberg	33
3. Die grundgesetzliche Aufteilung der Staatsgewalt zwischen Bund und Ländern im föderalen Staatswesen der Bundesrepublik Deutschland	33
II. Die Teilbereiche und Ebenen der Raumplanung in der Bundesrepublik Deutschland	34

III. Die rechtlichen Grundlagen der Raumplanung in der Bundesrepublik Deutschland	36
IV. Die Träger der Raumplanung in der Bundesrepublik Deutschland	38
B. Die Teilbereiche und Ebenen, rechtlichen Grundlagen und Träger der Raumplanung in der Republik Polen	39
I. Der Überblick über die raumplanungsrelevanten Strukturen der Staats- und Verwaltungsorganisation der Republik Polen (<i>Rzeczpospolita Polska</i>)	39
1. Die gesetzgebende Gewalt (Legislative)	40
2. Die vollziehende Gewalt (Exekutive)	41
3. Die rechtsprechende Gewalt (Judikative)	43
II. Die Teilbereiche und Ebenen der Raumplanung in der Republik Polen	44
III. Die rechtlichen Grundlagen der Raumplanung in der Republik Polen	45
IV. Die Träger der Raumplanung in der Republik Polen	45
C. Die zusammenfassend-rechtsvergleichende Betrachtung der Grundlagen des deutschen und polnischen Raumplanungssystems	46
Teil 3: Die Instrumente der Raumplanung im deutschen und polnischen Raumplanungsrecht	49
A. Die Instrumente der Raumplanung im deutschen Raumplanungsrecht	49

I. Die Instrumente der Bundesraumordnung nach dem ROG	50
1. Der Grundsätze-Raumordnungsplan	50
a) Die Rechtsgrundlage und die wesentlichen Kennzeichen des Grundsätze-Raumordnungsplans	50
b) Die formellen Voraussetzungen des Grundsätze-Raumordnungsplans	53
aa) Die Zuständigkeit für die Planaufstellung	54
bb) Das Verfahren der Planaufstellung	54
c) Die materiellen Voraussetzungen des Grundsätze-Raumordnungsplans	55
d) Die Folgen formeller und/oder materieller Fehler des Grundsätze-Raumordnungsplans	56
2. Der Standortkonzepte-Raumordnungsplan	57
a) Die Rechtsgrundlage und die wesentlichen Kennzeichen des Standortkonzepte-Raumordnungsplans	57
b) Die formellen Voraussetzungen des Standortkonzepte-Raumordnungsplans	59
aa) Die Zuständigkeit für die Planaufstellung	59
bb) Das Verfahren der Planaufstellung	59
c) Die materiellen Voraussetzungen des Standortkonzepte-Raumordnungsplans	60

d)	Die Folgen formeller und/oder materieller Fehler des Standortkonzept-Raumordnungsplans	61
II.	Die Instrumente der Landesplanung nach dem ROG in Verbindung mit dem LplG	62
1.	Die Rechtsgrundlage und die wesentlichen Kennzeichen des landesweiten Raumordnungsplans	62
2.	Die formellen Voraussetzungen des landesweiten Raumordnungsplans	64
a)	Die Zuständigkeit für die Planaufstellung	64
b)	Das Verfahren der Planaufstellung	65
3.	Die materiellen Voraussetzungen des landesweiten Raumordnungsplans	66
4.	Die Folgen formeller und/oder materieller Fehler des landesweiten Raumordnungsplans	67
III.	Die Instrumente der Regionalplanung nach dem ROG in Verbindung mit dem LplG	67
1.	Die Rechtsgrundlage und die wesentlichen Kennzeichen des Regionalplans	68
2.	Die formellen Voraussetzungen des Regionalplans	71
a)	Die Zuständigkeit für die Planaufstellung	71
b)	Das Verfahren der Planaufstellung	71
3.	Die materiellen Voraussetzungen des Regional-	

plans	73
4. Die Folgen formeller und/oder materieller Fehler des Regionalplans	74
IV. Die Instrumente der Bauleitplanung nach dem BauGB	74
1. Der Flächennutzungsplan	75
a) Die Rechtsgrundlage und die wesentlichen Kennzeichen des Flächennutzungsplans	75
b) Die formellen Voraussetzungen des Flächennutzungsplans	77
aa) Die Zuständigkeit für die Planaufstellung	77
bb) Das Verfahren der Planaufstellung	78
c) Die materiellen Voraussetzungen des Flächennutzungsplans	79
d) Die Folgen formeller und/oder materieller Fehler des Flächennutzungsplans	81
2. Der Bebauungsplan	82
a) Die Rechtsgrundlage und die wesentlichen Kennzeichen des Bebauungsplans	83
b) Die formellen Voraussetzungen des Bebauungsplans	85
aa) Die Zuständigkeit für die Planaufstellung	85
bb) Das Verfahren der Planaufstellung	86